

Gudrun Biffi

# Auswirkungen des Ausländerzustroms auf den Arbeitsmarkt

Im Gefolge der Öffnung Osteuropas und der Wiedervereinigung Deutschlands stieg die Zuwanderung von Ausländern nach Österreich rasant. Hiefür waren sowohl Nachfrage- als auch Angebotsfaktoren verantwortlich. Die dank der Expansion der Exporte nach Deutschland und Osteuropa günstige Konjunkturlage eröffnete Beschäftigungschancen, von denen ausländische Arbeitskräfte überdurchschnittlich profitierten. Andererseits lösten die politischen Reformbewegungen in Ost- und Südosteuropa zum Teil massive Abwanderungen aus, die unter anderem auch die Zahl der Asylwerber und Flüchtlinge in Österreich anschwellen ließen.

## Rekordzunahme des Ausländeranteils in der OECD

Der Zustrom von Ausländern verstärkte sich 1989, erreichte 1990 (mit +128 700) einen kurzfristigen Höhepunkt und blieb 1991 mit +64 100 mehr als fünfmal so hoch wie im Schnitt der achtziger Jahre. Die bisherige Entwicklung des Jahres 1992 läßt vor allem infolge des starken Flüchtlingszustroms eine neuerliche Belebung erwarten. Der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung hatte in der Vergangenheit einen leicht steigenden Trend, blieb aber stets unter 5% (1961 1,4%, 1971 2,8%, 1981 4%); durch diese Entwicklung stieg er sprunghaft von 3,9% im Jahr 1988 auf 6,6% 1991, stärker als in allen anderen OECD-Ländern. Damit ist die

**Die Öffnung des Ostens und die verstärkte Einbindung Österreichs in den Westen über den Europäischen Wirtschaftsraum bedeuten für Österreich eine große Herausforderung. Die vorliegende Bestandsaufnahme der Struktur der Ausländer in Österreich und der Entwicklungsrichtung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit von In- und Ausländern soll eine Basis zur Einschätzung möglicher künftiger Tendenzen des österreichischen Arbeitsmarktes im Spannungsfeld zwischen Ost und West geben. Dem Strukturaspekt der Ausländerbeschäftigung wird besonderes Augenmerk geschenkt, weil die Veränderung der Wirtschaftsstruktur in hohem Maße über den Arbeitsmarkt entschieden wird. Besondere Aktualität kommt überdies dem Problem der Integration von Asylwerbern und Flüchtlingen zu.**

Ausländerdichte in Österreich, die in der Vergangenheit im Vergleich zu den westeuropäischen Industrieländern gering war, über den Durchschnitt gerückt. Gegenwärtig entspricht der österreichische Wert etwa dem von Schweden, und am höchsten ist der Ausländeranteil in der BRD (Westdeutschland 1990 8½%) und in der Schweiz (1991 17½%). Wenn man die „niedergelassenen“ Ausländer in der Schweiz als gleichsam Selbsthafte in der Ausländerquote nicht berücksichtigt (die Einbürgerung ist in der Schweiz vergleichsweise schwierig), sinkt der Ausländeranteil an der Bevölkerung in der Schweiz auf knapp 5%.

Die bevorstehende Eingliederung Österreichs in den Europäischen Wirtschaftsraum ist mit der Freizügigkeit der Arbeitskräfte innerhalb des

## Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung im internationalen Mittelfeld

Europäischen Wirtschaftsraums verbunden; für die Einschätzung der daraus entstehenden Zuwanderungsdynamik ist die Struktur der Ausländer nach Herkunftsland wichtig. In der Schweiz kommen 70% der Ausländer aus der EG, in Schweden etwa die Hälfte aus dem Europäischen Wirtschaftsraum. Im Gegensatz dazu stammt der Großteil der Ausländer in der BRD und in Österreich aus Gebieten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums. In der BRD ist der Anteil der Ausländer aus dem Europäischen Wirtschaftsraum (EG und EFTA) mit rund 30% relativ gering, er dürfte aber etwas höher als in Österreich sein, wie die österreichischen Arbeitsmarktstatistiken vermuten lassen<sup>1)</sup>. Da zwischen Österreich und den wichtigsten Herkunftsländern der ausländischen Arbeitskräfte große Einkommensdifferenziale bestehen, bleibt die wesentliche Triebfeder der Zuwanderung nach Österreich erhalten. Die Zuwanderung aus dem Europäischen Wirtschaftsraum dürfte sich kaum verstärken, da einerseits EWR-Bürger ihr Einkommen in Österreich nicht wesentlich erhöhen können und andererseits keine ethnischen Konzentrationen aus diesen Ländern in

<sup>1)</sup> Eine Disaggregation der ausländischen Bevölkerung nach Herkunftsland ist nicht laufend verfügbar.

**Österreichische und ausländische Bevölkerung**

*Übersicht 1*

	Bevölkerung		Veränderung der Bevölkerungszahl innerhalb des Jahres			
	Jahres-durchschnitt	Veränderung gegen das Vorjahr	Insgesamt	Durch Geburten-bilanz	Durch Wanderungs-bilanz	Durch Einbürgerung
Gesamtbevölkerung						
1980	7 549 433		+ 7 787	- 1 570	+ 9 357	
1981	7 564 629	+ 15 196	+ 34 047	+ 1 249	+ 32 798	
1982	7 574 085	+ 9 456	- 31 611	+ 3 501	- 35 112	
1983	7 551 842	- 22 243	- 4 795	- 2 923	- 1 872	
1984	7 552 551	+ 709	+ 4 663	+ 768	+ 3 895	
1985	7 557 667	+ 5 116	+ 5 136	- 2 138	+ 7 274	
1986	7 565 603	+ 7 936	+ 9 058	- 107	+ 9 165	
1987	7 575 732	+ 10 129	+ 16 592	+ 1 596	+ 14 996	
1988	7 596 081	+ 20 349	+ 16 015	+ 4 789	+ 11 226	
1989	7 623 605	+ 27 524	+ 57 914	+ 5 352	+ 52 562	
1990	7 718 248	+ 94 643	+ 130 612	+ 7 502	+ 123 110	
1991	7 825 261	+ 107 013	+ 69 862	+ 11 201	+ 58 661	
Ausländer						
1980	282 694		+ 11 014	+ 4 977	+ 14 213	- 8 176
1981	299 163	+ 16 469	+ 30 905	+ 5 330	+ 33 007	- 7 432
1982	302 872	+ 3 709	- 39 117	+ 5 489	- 37 447	- 7 159
1983	275 016	- 27 856	- 10 856	+ 4 088	- 5 044	- 9 900
1984	268 762	+ 6 254	+ 376	+ 2 916	+ 5 252	- 7 792
1985	271 720	+ 2 958	+ 2 829	+ 2 762	+ 7 378	- 7 311
1986	275 663	+ 3 943	+ 5 629	+ 2 805	+ 10 884	- 8 060
1987	283 008	+ 7 345	+ 14 423	+ 3 095	+ 17 946	- 6 618
1988	298 715	+ 15 707	+ 10 501	+ 3 490	+ 14 326	- 7 315
1989	322 632	+ 23 917	+ 54 462	+ 4 105	+ 57 662	- 7 305
1990	413 392	+ 90 760	+ 124 792	+ 5 063	+ 128 710	- 8 981
1991	512 194	+ 98 802	+ 60 108	+ 7 184	+ 64 061	- 11 137

Q Österreichisches Statistisches Zentralamt

Österreich vorhanden sind, die eine soziologisch motivierte Kettenwanderung auslösen könnten

**Einbürgerungen in Österreich im europäischen Durchschnitt**

Im Durchschnitt der achtziger Jahre stagnierte die Bevölkerungszahl auf einem Niveau von rund 7,571 000, infolge des Ausländerzustroms der letzten Jahre erhöhte sie sich deutlich auf 7,825 300 Aufgrund der Erfahrungen

aus der Zuwanderungswelle von Ausländern in den sechziger und frühen siebziger Jahren ist zu erwarten, daß sich ein Großteil der Ausländer in Österreich niederläßt und schließlich die Integration durch Annahme der österreichischen Staatsbürgerschaft vollzieht. Im Laufe der siebziger und achtziger Jahre, als die ausländischen Arbeitskräfte seßhaft wurden, nahm die Zahl der Einbürgerungen zu. Gemessen an der Einbürgerungsquote (Anteil der Einbürgerungen an der

Ausländerbevölkerung) ist der Integrationsgrad der Ausländer in Österreich im Vergleich zum Ausland relativ hoch In den letzten zwei Jahren lag die Einbürgerungsquote bei 2,2%, in den Jahren davor darüber (1987 2,9%). Deutlich geringer ist sie in der Schweiz mit 0,5% (1990) etwa gleich hoch in den Niederlanden mit 2% (1990). Nur in den skandinavischen Ländern liegt sie höher (zwischen 3% und 4%).

Zwischen 1980 und 1991 nahmen 108 000 Ausländer die österreichische Staatsbürgerschaft an, davon waren 26% Jugoslawen und Türken. Die traditionellen Arbeitsmigranten streben in viel geringerem Maße als Flüchtlinge die österreichische Staatsbürgerschaft an In den Ländern Europas, die eine Doppelstaatsbürgerschaft zulassen, nehmen auch Gastarbeiter die Staatsbürgerschaft des Aufnahmelandes häufiger in Anspruch Auffällig ist, daß die Zahl der Einbürgerungen deutscher Staatsbürger in jüngster Zeit abnimmt, wohl in Hinblick auf die Bildung des Europäischen Wirtschaftsraums, der ohnehin alle Bürgerrechte mit Ausnahme der passiven und aktiven Wahl in Österreich gewährt.

**Mehr Asylwerber und Flüchtlinge aus den Reformländern**

Seit Mitte der achtziger Jahre stieg die Zahl der Asylwerber zunächst stetig und gegen Ende der achtziger Jahre sprunghaft. Ende Dezember 1991 waren 27 300 Asylwerber registriert, um 4 500 (+21%) mehr als im Jahr davor. Gemessen an der Gesamtbevölkerung Österreichs entspricht diese Zahl etwa jener in der BRD (1991 256 000) Im laufenden Jahr hat die Zunahme der Zahl der Asylwerber gegenüber dem Vorjahr im Gegensatz zur BRD nicht an Dynamik gewonnen Dieser Umstand erleichterte die Aufnahme von „De-facto-Flüchtlingen“, Kriegsvertriebenen aus dem früheren Jugoslawien insbesondere aus der Krisenregion Bosnien-Herzegowina<sup>2)</sup>. In der BRD waren den Hilfsmaßnahmen für Bürgerkriegsflüchtlinge aus Jugoslawien infolge der starken Zunahme der Zahl

**Einbürgerungen in Österreich**

*Übersicht 2*

	Jugoslawen	Osteuropäer	Deutsche <sup>1)</sup>	Türken	Insgesamt	Frauen
Ø 1950/1959	161	468	1 435		14 399	4 528
Ø 1960/1969	418	773	1 045		3 697	1 686
Ø 1970/1979	1 098	1 232	2 148		6 672	4 211
<i>Jahresdurchschnitt</i>						
1980	1 839	1 453	2 210		8 602	4 995
1981	1 517	1 555	1 960		7 980	4 822
1982	1 204	1 591	1 946	301	7 752	4 835
1983	2 262	1 777	2 804	306	10 904	6 404
1984	1 428	1 129	2 589	323	8 876	4 006
1985	1 449	1 368	2 091	296	8 491	4 025
1986	1 463	2 191	2 299	334	10 015	4 752
1987	1 416	1 847	1 381	392	8 114	3 955
1988	1 731	1 985	1 125	509	8 233	4 012
1989	2 323	1 664	886	723	8 470	4 305
1990	2 641	2 118	517	1 106	9 199	4 704
1991	3 221	2 413	455	1 809	11 394	5 685

Q: Österreichisches Statistisches Zentralamt Statistisches Handbuch für die Republik Österreich — <sup>1)</sup> Ab 1990 einschließlich Ostdeutschlands

<sup>2)</sup> Die durchschnittlichen Pro-Kopf-Ausgaben des Staates sind im Fall der Asylwerber deutlich höher als für Flüchtlinge

der Asylwerber engere Grenzen gesetzt.

Die Zusammensetzung der Asylwerber nach Herkunftsland ändert sich mit der Zeit infolge des Entstehens neuer Krisenregionen im näheren Umfeld. Während 1990/91 mehr als die Hälfte der Asylwerber aus Rumänien gekommen waren, überwogen 1992 Bürger des ehemaligen Jugoslawien. Die traditionell hohe Konzentration der Asylwerber aus Ostblockländern in Österreich hat in den letzten Jahren noch zugenommen. 73% der Asylwerber kamen 1991 aus osteuropäischen Ländern (im Gegensatz zu 59% 1990). Die Anerkennungsquote von Asylansuchen nimmt für Osteuropäer ab. Zwischen Jänner und Juni 1992 wurden 12,3% der Asylanträge positiv abgeschlossen, die Anerkennungsquote für Asylwerber aus Osteuropa betrug 6,4%, für Flüchtlinge aus der Dritten Welt 27%.

#### Verlangsamung der Abwanderung der Asylwerber nach Übersee

Wie in der Vergangenheit versucht ein Großteil der Asylwerber von Österreich aus weiterzureisen, und zwar in die traditionellen Einwanderungsländer in Übersee. Bestqualifizierte haben die größten Chancen einer Aufnahme in den USA, in Kanada oder Australien. Häufig reisen sie weiter, bevor das österreichische Asylverfahren abgeschlossen ist<sup>3)</sup>. Eine Statistik

über die gesamte Abwanderung aus Österreich steht nicht zur Verfügung. IOM, die internationale Migrationshilfsorganisation der UNO, führt allerdings Aufzeichnungen, die den Großteil der Abwanderung von Asylwerbern und Flüchtlingen aus Österreich erfassen dürften. Diesen Daten zufolge wanderten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre im Schnitt jährlich 6 200 Flüchtlinge weiter. 1991 waren es mit 3 100 etwas weniger; das kann eine Folge des Politikwandels in den Einwanderungsländern sein (restriktivere Zuwanderungspolitik) aber auch von den Flüchtlingen selbst ausgehen, die nach Österreich vor allem aus den Reformländern kommen und in der Hoffnung auf Verbesserung der politischen Situation den endgültigen Bruch mit ihrem Land, eine Auswanderung nach Übersee, hinausschieben.

#### Verschärfung der Flüchtlingsproblematik

Neben Asylwerbern sucht eine andere Gruppe von Ausländern vorübergehend Schutz in Österreich: Flüchtlinge. Sie haben das Aufenthaltsrecht für 3 Monate, mit der Möglichkeit einer Verlängerung. 1991 kamen vor allem Kroaten und Slowenen nach Österreich. Sie kehrten 1992 großteils nach Ende der ärgsten Kriegswirren wieder zurück. Im Laufe des Frühjahrs und Sommers 1992 schwoll der Strom von Flüchtlingen aus dem frü-

heren Jugoslawien wieder an, diesmal wesentlich massiver, und die Chancen auf eine Rückkehr in die Heimat werden mit Anhalten der Kämpfe in Bosnien-Herzegowina geringer. Ende Juli 1992 waren 20 300 Flüchtlinge registriert, nach Schätzungen kamen weitere 30 000 privat unter. Im August, als deutlich wurde daß ein Ende des Kriegs in Bosnien-Herzegowina nicht abzusehen war, wurden etwa 10 000 von ihnen der öffentlichen Obsorge anvertraut. Länger anwesende Flüchtlinge werden zumindest teilweise in die österreichische Bevölkerung integriert. Einerseits ist der Großteil der registrierten Flüchtlinge in Privatquartieren untergebracht (etwa zwei Drittel), um regionale Konzentrationen und Ghettobildung möglichst zu vermeiden. Andererseits wurde Flüchtlingen die Arbeitsmöglichkeit im Kommunalbereich und in karitativen Organisationen eingeräumt. Bis jetzt sind die Arbeitsmöglichkeiten relativ gering. Sie bestehen überwiegend in der Adaptierung der eigenen Unterkünfte. Für die schulische Betreuung der Kinder wurden zusätzliche Arbeitsplätze im öffentlichen Sektor geschaffen.

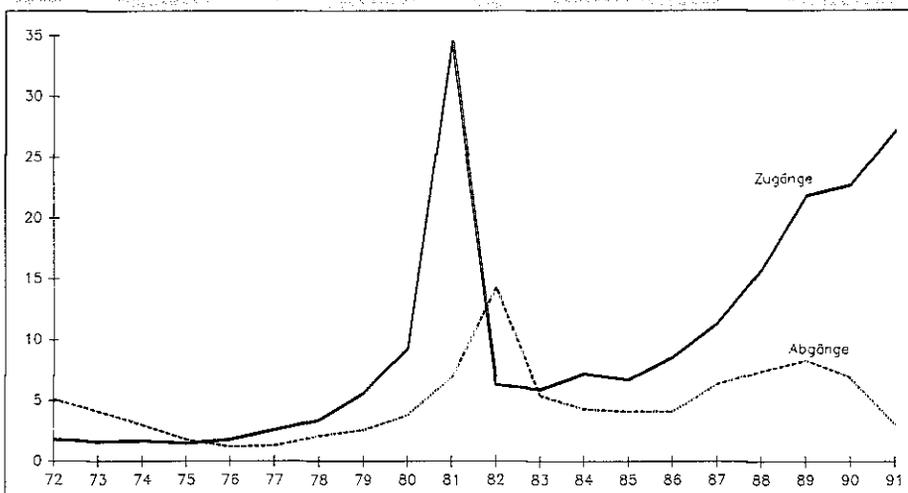
#### Steigerung der Bundesausgaben für Asylwerber und Flüchtlinge

Die Gesamtkosten des Bundes für die Betreuung der Asylwerber und Flüchtlinge erreichten 1990 1,094 Mrd S. 1991 stiegen die Ausgaben um 196 Mill S (+18%) auf 1,290 Mrd S. Im laufenden Jahr dürften diese Werte wegen der erhöhten Ausgaben für die Flüchtlingsbetreuung deutlich übertroffen werden. Darüber hinaus entstehen Kosten im kommunalen Infrastrukturbereich, insbesondere in der schulischen und gesundheitlichen Versorgung; über diese Ausgaben stehen keine detaillierten Daten zur Verfügung.

Die unterschiedlichen Kompetenzbereiche, die im Fall der Asyl- und Einwanderungspolitik angesprochen werden, sind Gegenstand von politischen Debatten und erfordern eine koordinierte Politik. So ist etwa die Zulassung der Flüchtlinge Sache des Bundes, Aufnahmekosten entstehen jedoch den Gemeinden und Ländern über Gesundheitspflege und soziale

Zugänge und Abgänge von Flüchtlingen und Asylwerbern  
In 1.000

Abbildung 1



<sup>3)</sup> Dies ist einer der Gründe warum es schwierig ist Akzeptanzraten von Asylanträgen zu berechnen.

Versorgungsaufgaben. Die Neuregelung der Aufgaben- und Ausgabenverteilung und eine Koordination verschiedener Politikbereiche ist angesichts des geänderten Zutritts zur Ausländerfrage notwendig (dies betrifft u. a. auch den Finanzausgleich). Das neue Aufenthaltsgesetz für Fremde (es tritt im Juli 1993 in Kraft) bedeutet eine Abkehr von der bisher am kurz- und mittelfristigen Arbeitskräftebedarf orientierten Ausländerpolitik (Rotationsprinzip der Arbeiter) und berücksichtigt explizit das regionale Vorhandensein von Infrastruktur, wie Wohnungen, Schulen und Gesundheitssystem, mit dem Ziel der Integration der in Österreich wohnhaften Ausländer. In einer jährlich im Parlament festzulegenden Einwanderungsquote sollen sowohl Asylsuchende als auch der aus der Familienzusammenführung zu erwartende Zustrom und die De-facto-Flüchtlinge berücksichtigt werden, die in Österreich bleiben wollen.

**Integration der Ausländer in den Arbeitsmarkt**

Im Gefolge des exogenen Schocks, der durch den Zusammenbruch der Planwirtschaften in Osteuropa und die Grenzöffnung ausgelöst wurde und durch die erwartete EG-Integration und die davon zu erwartenden Strukturanpassungen noch verstärkt wurde, ist die Situation auf dem Arbeitsmarkt von einer Anpassungskrise gekennzeichnet. Die internationale Arbeitsteilung in Europa wird neu gestaltet, und Österreich ist von dieser Umstrukturierung wegen der geopolitischen Lage zwischen Ost und West besonders betroffen. Die sprunghafte Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes, vor allem mittlerer und niedriger Qualifikationen des Produktions- und Dienstleistungssektors, aber auch in landwirtschaftlichen Hilfstätigkeiten, blieb nicht ohne Wirkung auf makroökonomische Indikatoren.

**Verlangsamung der Produktivitätssteigerung**

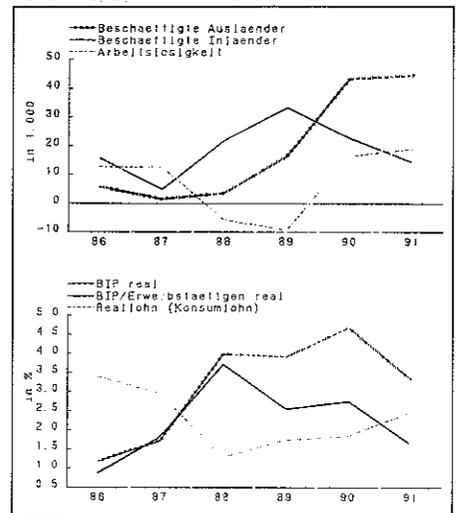
Die Konjunkturabschwächung, die Österreich 1991 nach einer gewissen

Verzögerung gegenüber dem internationalen Umfeld erfaßte, schlug sich nur zögernd in einer Verlangsamung der Beschäftigungsexpansion nieder. Trotz eines Rückgangs des Wirtschaftswachstums von 4,6% 1990 auf 3% 1991 verringerte sich die Beschäftigungsausweitung nur geringfügig von 2,3% 1990 (+66.000) auf 2% (+58.700) im Jahr 1991. Die Anpassung des Arbeitsmarktes an den verringerten Produktionsausstoß erfolgte nicht primär über den Beschäftigungsabbau, sondern vielmehr über einen geringeren Zuwachs der Arbeitsproduktivität. Kurzfristig ist im Konjunkturabschwung immer mit einer gewissen Hortung von Arbeitskräften und daher mit Produktivitätseinbußen zu rechnen, da ein Großteil der Beschäftigten internen Arbeitsmärkten angehört und ein wesentliches Merkmal dieser Kernbelegschaften die längerfristige stabile Bindung an den Betrieb ist. Der gegenwärtige Produktivitätsverfall könnte demnach rein konjunkturbedingt sein. Dagegen spricht allerdings die Tatsache, daß das Produktivitätswachstum (Produktion je Erwerbstätigen) schon seit 1988 kontinuierlich zurückgeht. Das kann die Folge der überproportionalen Expansion von Branchen mit niedrigem Lohn- und Produktivitätsniveau sein, die durch die erhöhte Verfügbarkeit von Arbeitskräften für diese Tätigkeiten ermöglicht wurde. Wenn man berücksichtigt, daß die Reallohnentwicklung nicht der Senkung des Produktivitätswachstums folgt sondern im Gegenteil seit 1988 einen steigenden Trend aufweist, ist bei einer weiteren Öffnung der Schere zwischen Lohn- und Produktivitätsentwicklung über das im Konjunkturabschwung übliche Ausmaß hinaus mit einer Mengenanpassung an die geänderten Produktionsbedingungen und den Rückgang der Profitabilität zu rechnen und daher mit einem Verlust von Arbeitsplätzen.

**Mehr als zwei Drittel der zusätzlichen Beschäftigten Ausländer**

Der Großteil des Anstiegs der Beschäftigung in den letzten zwei Jah-

**Ausländerbeschäftigung und makroökonomische Indikatoren**  
*Veränderung gegen das Vorjahr*



ren entfiel auf Ausländer: Nur 24% der zusätzlichen 59.000 Lohn- und Gehaltsempfänger waren 1991 Inländer. Das Arbeitskräfteangebot der Inländer steigt unterdurchschnittlich, einerseits infolge des verstärkten Abbaus älterer Arbeitskräfte, andererseits wegen der geringen Unterstützung der Frauenerwerbstätigkeit. Das Arbeitskräfteangebot der Frauen wurde durch die Verlängerung des Anspruchs auf Karenzurlaub im Jahr 1991 deutlich verringert<sup>4)</sup>. Die Qualifikationsstruktur des Zusatzangebotes an Arbeitskräften ist demzufolge unterdurchschnittlich, wenn auch zu berücksichtigen ist, daß die Ausländer größtenteils unter ihrer tatsächlichen Qualifikation beschäftigt werden.

**Beschäftigung und Arbeitslosigkeit steigen gleichzeitig**

Trotz der vergleichsweise starken Ausweitung der Beschäftigung stieg die Arbeitslosigkeit seit 1989 deutlich. Waren 1989 fast 150.000 Arbeitslose beim Arbeitsamt registriert (davon rund 11.000 Ausländer), so stieg der Durchschnittsbestand bis 1991 auf 185.000 (+36.000, +24%). Die Zahl der ausländischen Arbeitslosen verdoppelte sich in dieser Zeitspanne. Im

<sup>4)</sup> Das bedeutet nicht nur einen kurzfristigen Schnitt in der Frauenerwerbsbeteiligung, sondern dürfte längerfristig die Erwerbschancen (Arbeitsplatzsicherheit sowie Lohnwartungen) der Frauen, insbesondere der höherqualifizierten, beeinträchtigen. Die kontinuierliche Qualifizierung über den Arbeitsplatz ist der wichtigste Faktor für Aufstiegschancen im Betrieb und einen sicheren und gut bezahlten Arbeitsplatz. Die Einbindung in betriebsinterne Arbeitsmärkte. Das ist durch diese Maßnahme nicht erleichtert worden.

Laufe des 1. Halbjahres 1992 halbierte sich die Beschäftigungsexpansion auf +1% gegenüber dem Vorjahr (wenn man um die institutionell bedingte Verdoppelung der Zahl der KarenzurlauberrInnen bereinigt). Vom jüngsten Rückgang der Beschäftigungsdynamik waren im wesentlichen Ausländer betroffen. Sie haben demzufolge mit Inländern in bezug auf das absolute Beschäftigungswachstum gleichgezogen. Trotz der Verschlechterung der Beschäftigungsaussichten im laufenden Jahr verlangsamte sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit markant sowohl für Inländer als auch für Ausländer — eine Folge der Zugangsbeschränkungen für Ausländer zum österreichischen Arbeitsmarkt und der institutionellen Angebotsreduktion von Inländern. Das Arbeitskräfteangebot stieg im 1. Halbjahr 1992 gegenüber dem Vorjahr um nur 32 500 (+1,1%), nach +78 000 (+2,6%) 1991.

Der Zusammenhang zwischen der Beschäftigung von Inländern und Ausländern und der Arbeitslosigkeit ist sehr komplex. A priori kann nicht gesagt werden, daß eine Verknappung des Ausländerangebotes die Arbeitslosigkeit verringert. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hängt davon ab, in welchem Maße Ausländer im Arbeitsprozeß komplementär zu Inländern sind oder um dieselben Arbeitsplätze konkurrieren.

Seit den sechziger Jahren wurde der Arbeitskräftebedarf in Österreich nicht mehr überwiegend aus inländischen Ressourcen abgedeckt, sondern auch über das Ausland. Im Laufe dieser Zeit entwickelten einige Betriebe und Branchen eine Arbeitsteilung, in der Ausländer Zulieferer oder Zuarbeiter für Inländer geworden sind, d. h. In- und Ausländer ergänzten einander im Arbeitsprozeß (zum Beispiel „Gußputzer“ in der Metallindustrie). Eine solche Konstellation wurde durch die spezifische Ausländerbeschäftigungsgesetzgebung gefördert, da Beschäftigungsbewilligungen an Betriebe und nicht an die Arbeitskraft erteilt wurden; das implizierte Mobilitätshemmnisse der ausländischen Arbeitskräfte in der Wahl ihrer Arbeitsplätze. Da ausländische Arbeitskräfte vor allem in jenen Branchen Arbeit fanden, die unter einem besonderen Wettbewerbsdruck durch Nied-

riglohnländer standen, war diese Arbeitsorganisationsform eine Möglichkeit der Arbeitskostenminimierung. Eine andere Möglichkeit wäre die Entwicklung neuer Produktionsmethoden gewesen — Prozeßinnovation, die in Österreich nur ansatzweise, in Ländern mit restriktiver Zuwanderungspolitik, z. B. Schweden und Japan, in hohem Maße zum Einsatz kam. Da ausländischen Arbeitskräften erst nach sehr langer Zeit Freizügigkeit auf dem österreichischen Arbeitsmarkt gewährt wurde (der Befreiungsschein wurde bis 1990 erst nach 8 Jahren, seither nach 5 Jahren durchgehender legaler Beschäftigung erteilt), entwickelten sich Nischen, in denen ausländische Arbeitskräfte unterkamen. Ausländer sind aber nicht nur in diesen Nischen beschäftigt, überwiegend unqualifizierte Arbeitskräfte, als welche sie naturgemäß mit Inländern in Wettbewerb stehen. Wenn in einer solchen Situation das Angebot für diese Tätigkeiten sprunghaft steigt, werden Substitutionsprozesse ausgelöst, in denen aus Gründen der Produktionskostenminimierung letztlich die billigere Arbeitskraft beschäftigt wird. Sowohl die Beschäftigungsstabilität als auch die Lohnentwicklung werden von einer im Vergleich zu anderen Tätigkeiten überdurchschnittlichen Angebotsausweitung beeinträchtigt. Beschäftigung und Arbeitslosigkeit steigen gleichzeitig, wie das anhand

der branchenspezifischen Beschäftigungs- und Arbeitslosenentwicklung im Anschluß demonstriert wird.

Zusätzlich zu dieser sehr segmentierten Ausländerbeschäftigung, die unter anderem eine Folge der unterschiedlichen Rechtsstellung der Ausländer und Inländer ist, gibt es eine weitere Form der Ausländerbeschäftigung, die sich infolge der Besonderheit des Arbeitskräfteangebotes ihre Nachfrage selbst schafft, z. B. ethnische und kulturelle Spezialitäten im Konsumgüterbereich. Solche Tätigkeiten werden häufig von Selbständigen, kleinen Gewerbetreibenden ausgeübt (Künstler erfreuen sich gewisser Sonderregelungen, die hier nicht berücksichtigt werden, da sie den Rahmen dieser Arbeit sprengen würden). Diese Art der Ausländerbeschäftigung ist in Österreich im Vergleich zum Ausland schwach vertreten. In anderen europäischen Ländern erfolgt der Eintritt der Ausländer in den Arbeitsmarkt häufig über selbständige Erwerbstätigkeit, einen „Barsarkapitalismus“, der in Österreich zum Teil wegen institutioneller Barrieren schwer möglich ist. Infolgedessen ist der Ausländeranteil an der Erwerbstätigkeit Selbständiger in Österreich im Gegensatz zum Ausland geringer als an den Unselbständigen, und dies ist mit ein Grund dafür, daß es in Österreich verhältnismäßig weni-

**Inländisches und ausländisches Arbeitskräfteangebot** **Übersicht 3**  
*Unselbständige*

	1. Halbjahr 1992		1991 Jahres- durchschnitt	1991			
	Veränderung gegen das Vorjahr			Veränderung gegen das Vorjahr		1990	
	Absolut	In %	Absolut	In %	Absolut	In %	
<b>Arbeitskräfteangebot<sup>1)</sup></b>	+ 32.549	+ 1,1	3 124 369	+ 77 949	+ 2,6	+ 82 584	+ 2,8
Inländer	+ 16.336	+ 0,6	2 850 093	+ 31 179	+ 1,1	+ 31 295	+ 1,1
Ausländer	+ 16.213	+ 6,0	274 276	+ 46 770	+20,6	+ 51 289	+29,1
<b>Beschäftigung<sup>2)</sup></b>	+ 29 449	+ 1,0	2 939 340	+ 58 715	+ 2,0	+ 65 966	+ 2,3
Inländer	+ 13 124	+ 0,5	2 686 538	+ 14 068	+ 0,5	+ 22 464	+ 0,8
Ausländer <sup>2)</sup>	+ 16.325	+ 6,6	253 802	+ 44.647	+21,3	+ 43.502	+26,3
<b>Arbeitslose</b>	+ 3 100	+ 1,6	185 029	+ 19 234	+11,6	+ 16 618	+11,1
Inländer	+ 3.212	+ 1,9	164 555	+ 17 111	+11,6	+ 8 832	+ 6,4
Ausländer	- 112	- 0,5	20 474	+ 2 123	+11,6	+ 7 786	+73,7
				Arbeitslosenquote			
			1991	1990		1989	
				In %			
Insgesamt	5,9			5,5		5,0	
Inländer	5,8			5,2		5,0	
Ausländer	7,5			8,1		6,0	

Eine Gesamtzahl kann nicht errechnet werden, da eine laufende Statistik der selbständigen In- und Ausländer nicht vorliegt. — <sup>1)</sup> Ohne KarenzurlauberrInnen und Präsenzdienr — <sup>2)</sup> Schätzung der ausländischen KarenzurlauberrInnen — <sup>3)</sup> Ohne Erfassung der Ausländerbeschäftigung zwischen August 1990 und Juni 1991. Schätzung

ge Selbständige im gewerblichen Bereich gibt<sup>5)</sup>

**Ausländer und Schwarzarbeit**

Ein wesentlicher Nebeneffekt der Veränderungen des Angebotes auf dem Arbeitsmarkt seit 1989 war ein deutlicher Anstieg der Schwarzarbeit. Eine Schätzung des Ausmaßes der Schwarzarbeit ist schwer möglich. Damit die sozialrechtlichen Errungenschaften der in Österreich Beschäftigten nicht beeinträchtigt werden und damit die Wettbewerbssituation zwischen den Betrieben nicht verzerrt wird, wird in jüngerer Zeit Schwarzarbeit verstärkt — zum Teil über Einführung „fliegender Kontrolle“<sup>6)</sup> — gehandelt. Diese Kontrollen bewiesen, daß Schwarzarbeit sehr häufig ist — im Juli 1992 lag in 70 von 170 untersuchten Betrieben, d. h. in 40% aller Fälle Schwarzarbeit vor. Ein Erlass des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales schließt seither Firmen, denen die Beschäftigung von Schwarzarbeitern nachgewiesen wird, von öffentlichen Aufträgen aus.

**Rasanter Anstieg des Ausländeranteils an der Beschäftigung**

In jüngster Zeit stieg die legale Ausländerbeschäftigung ebenso rasch wie in den frühen siebziger Jahren. Gemessen an internationalen Erfahrungen ist der Anstieg des Ausländeranteils an der Beschäftigung von rund 5% auf 8,6% (1991) innerhalb von 3 Jahren überdurchschnittlich. Üblicherweise erfolgt ein solcher Aufbau über einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren. Das erleichtert eine Integration der Ausländer, insbesondere was die Bereitstellung der Infrastruktur anbelangt. Gegenwärtig entstehen Engpässe im Wohnungs- und Schulbereich — um nur die wichtigsten Infrastrukturvoraussetzungen zu nennen —, da sich die Planung in diesen Bereichen an längerfristigen Trends orientiert. Die Effekte auf die Produktionsstruktur und die Arbeitsorganisation sind weniger augenfällig, haben aber weitreichende Implikationen für

**Ausländische Arbeitskräfte von 1961 bis 1991**

Übersicht 4

Jahresdurchschnitt

	Ausländische <sup>1)</sup> Arbeitskräfte	Veränderung gegen das Vorjahr		Anteil an der Gesamtbeschäftigung in %
		Absolut	In %	
1961	16.200			0,7
1962	17.700	+ 1.500	+ 9,3	0,8
1963	21.500	+ 3.800	+21,5	0,9
1964	26.100	+ 4.600	+21,4	1,1
1965	37.300	+11.200	+42,9	1,6
1966	51.500	+14.200	+38,1	2,2
1967	66.200	+14.700	+28,5	2,8
1968	67.500	+ 1.300	+ 2,0	2,9
1969	87.700	+20.200	+29,9	3,7
1970	111.700	+24.000	+27,4	4,7
1971	150.200	+38.500	+34,5	6,1
1972	187.100	+36.800	+24,5	7,4
1973	226.800	+39.700	+21,2	8,7
1974	222.300	- 4.500	- 2,0	8,4
1975	191.000	-31.300	-14,1	7,2
1976	171.700	-19.300	-10,1	6,4
1977	188.900	+17.200	+10,0	6,9
1978	176.700	-12.200	- 6,4	6,4
1979	170.600	- 6.100	- 3,5	6,2
1980	174.700	+ 4.100	+ 2,4	6,3
1981	171.800	- 2.900	- 1,7	6,1
1982	156.000	-15.800	- 9,2	5,6
1983	145.300	-10.600	- 6,8	5,3
1984	138.700	- 6.600	- 4,6	5,1
1985	140.200	+ 1.500	+ 1,1	5,1
1986	146.000	+ 5.800	+ 4,1	5,3
1987	147.400	+ 1.400	+ 1,0	5,3
1988	150.900	+ 3.500	+ 2,4	5,4
1989	167.400	+16.500	+10,9	5,8
1990 <sup>2)</sup>	211.100	+43.700	+26,1	7,2
1991 <sup>2)</sup>	256.700	+45.600	+21,6	8,6

Q: Bundesministerium für Arbeit und Soziales — <sup>1)</sup> Korrigierte Reihe: Einschließlich Inhaber von Befreiungsscheinen und Karanzurlaubenden — <sup>2)</sup> Bereinigt um institutionell bedingte Mehrfachzählungen zwischen August 1990 und Juni 1991

die internationale Wettbewerbsfähigkeit Österreichs

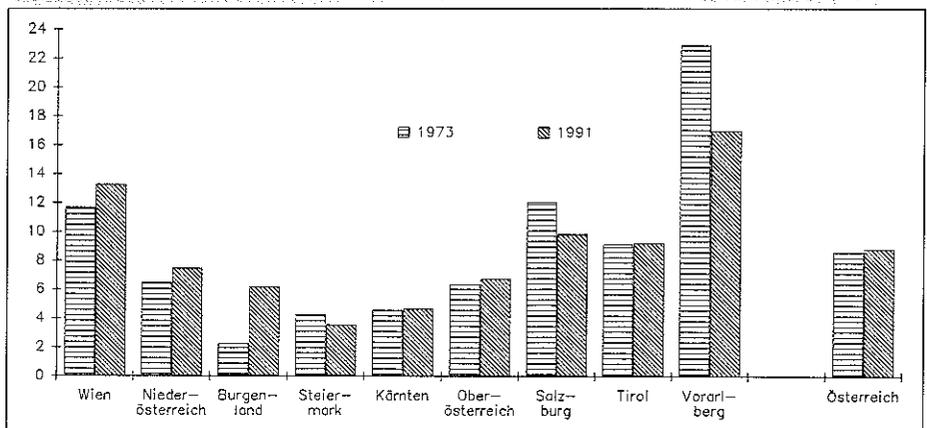
**Regionale Konzentration der Ausländer nicht stärker als 1973**  
Die regionale Konzentration der Ausländer hat trotz ihrer Zunahme den

bisherigen Höchstwert 1973 nicht wieder erreicht. In Vorarlberg, dem Bundesland mit dem höchsten Ausländerbeschäftigungsanteil (1991 17,1%), verringerte sich die Ausländerabhängigkeit gegenüber 1973 — in hohem Maße eine Folge des länger-

**Regionale Konzentration der Ausländerbeschäftigung**

Abbildung 3

Anteile an der Gesamtbeschäftigung in %



<sup>5)</sup> Die statistische Erfassung der Selbständigen ist in Österreich sehr lückenhaft; daher ist eine detaillierte Analyse wie für die Unselbständigen laufend nicht möglich. Nur zu Volkszählungszeitpunkten kann ein Überblick über die Struktur des Bestands nach Herkunftsland gewonnen werden; ein Nachvollziehen der zugrundeliegenden Entwicklungsdynamik ist damit ausgeschlossen.

<sup>6)</sup> Nach einer erfolgreichen Aktion der amtlichen Kontrolle von Betrieben im Burgenland (ein Vertreter der Gemeinde, des Landesarbeitsamtes, des Arbeitsinspektors und der Justiz können Schwarzarbeit an Ort und Stelle fahnden) werden seit Juli ähnliche Schnellverfahren in Wien und Niederösterreich durchgeführt.

fristigen Schrumpfung der Branchen mit hohem Ausländeranteil. In Wien, dem Bundesland mit der zweithöchsten Ausländerbeschäftigungsquote (1991 13,3%), erhöhte sich die Ausländerabhängigkeit gegenüber 1973, nicht zuletzt weil die Zuwanderung aus Osteuropa auf Ostösterreich konzentriert war. Gestiegen ist der Ausländeranteil an der Beschäftigung vor allem in Gebieten mit traditionell unterdurchschnittlicher Ausländerbevölkerung. Insbesondere in Regionen an der ursprünglich „toten Grenze“ entstand eine Beschäftigungsdynamik, die jene der Zentralräume übertraf. Davon profitierten auch ausländische Arbeitskräfte, zum Teil Grenzgänger, die nach dem Ausländerbeschäftigungsgesetz Arbeitsbewilligungen erhielten (ohne Nachweispflicht der ortsüblichen Wohnung)<sup>7)</sup>

#### Überwiegend Männer aus den traditionellen Zuwanderungsländern

Zwei Drittel der neu zugewanderten Ausländer waren – überwiegend junge – Männer. Demzufolge sank der Frauenanteil an der Ausländerbeschäftigung 1991 auf 33,9%; in den achtziger Jahren war er bei relativ seßhafter Ausländerbevölkerung mit rund 39% stabil gewesen und nur geringfügig unter dem der Inländer gelegen. 69 500 oder 60% der zusätzlichen 115 600 (+76,6%) ausländischen Beschäftigten kamen zwischen 1988 und 1991 aus den traditionellen Herkunftsländern: ehemaliges Jugoslawien und Türkei. Nur etwa ein Viertel des Anstiegs entfiel auf Osteuropäer. Derzeit arbeiten rund 40 000 Ausländer aus den früheren RGW-Ländern in Österreich (15% aller Ausländer). Das ist zwar eine signifikante Steigerung gegenüber der Zeit vor der Ostöffnung, die befürchtete „Arbeitskräftebeschwerme“ aus Osteuropa ist aber ausgeblieben. Der Hauptgrund dürfte darin zu suchen sein, daß Unternehmen ihren steigenden Arbeitskräftebedarf mit Ausländern über die traditionellen Wege, im wesentlichen durch Rekrutierung von Familienangehörigen der schon beschäftigten Ausländer (Kettenwanderung) ab-

### Ausländerbeschäftigung nach Geschlecht und Herkunftsland *Übersicht 5*

#### Jahresdurchschnitt

	1990			1991		
	Männer	Frauen	Insgesamt	Männer	Frauen	Insgesamt
Deutschland	7 825	5 238	13 063	8 059	5 628	13 687
Ehemaliges Jugoslawien	65 328	45 176	110 504	78 496	50 648	129 144
Türkei	37 762	12 793	50 555	43 487	14 054	57 541
Sonstige	30 302	13 186	43 488	46 172	19 918	66 089
Andere EG-Länder <sup>1)</sup>			1 719			5 591
Osteuropa <sup>1)</sup>			30 139			40 127
Insgesamt	141 217	76 393	217 610	176 214	90 248	266 461

Q: Bundesministerium für Arbeit und Soziales — <sup>1)</sup> 1990 laut Juli-Erhebung 1991 laut Quartalsdaten

deckten. Osteuropäer kamen vorübergehend als Straßenhändler, Schwarzarbeiter, Erntehilfen in dem Bemühen, von der hohen Kaufkraft des Schillings im Osten zu profitieren. Mit der monetären Stabilisierung und den hohen Steigerungen der Konsumgüterpreise im Osten reichen die geringen Einkommenschancen in Österreich nicht mehr aus, um massive Zuwanderung auszulösen. Den Zustrom aus Polen hemmten auch die Einführung der Visumpflicht und das Verbot des Straßenhandels in Wien.

#### Konzentration der Ausländer auf wenige Branchen und Tätigkeiten

Ausländische Arbeitskräfte waren stets mehr auf den Güterproduktionsbereich konzentriert als Inländer. 1992 arbeiteten 50% aller ausländischen Lohn- und Gehaltsempfänger im Sekundärsektor (einschließlich Bauwirtschaft), aber nur 35,5% der Inländer. Mitte der siebziger Jahre war die Ausländerkonzentration auf den Produktionsbereich sogar noch ausgeprägter: 1975 arbeiteten 65,9% aller Ausländer und 45,5% aller Inländer im Sekundärsektor. Diese Konzentration ist nur zum Teil die Folge des höheren Männeranteils an der Ausländerbeschäftigung. Sowohl für Männer als auch für Frauen ist der Tertiärisierungsgrad in der Beschäftigung von Inländern stärker ausgeprägt als von Ausländern.

Überdies zeigt sich eine deutliche Segmentierung der Ausländerbeschäftigung nach Branchen; der Kon-

zentrationen-grad hat sich in jüngster Zeit weiter verstärkt.

#### Branchenkonzentration der ausländischen Männer

In der branchenspezifischen Ausländerbeschäftigung bestehen deutliche, längerfristig stabile Unterschiede nach Geschlecht und Herkunftsland. Jugoslawische Männer arbeiten in höherem Maße in der Bauwirtschaft als türkische (Juni 1992 32,3% aller jugoslawischen Männer gegenüber 24,9% der türkischen). Für Osteuropäer gilt ein ähnlich hoher Anteil wie für Jugoslawen (30,2%). Deutsche Männer arbeiten ebenfalls überdurchschnittlich oft in der Bauwirtschaft, der Anteil dieser Branche an der Gesamtbeschäftigung der Deutschen in Österreich ist allerdings mit 9% wesentlich geringer. Im Gegensatz dazu ist der Metallsektor für alle Ausländergruppen von großer relativer Bedeutung als Arbeitgeber. Er ist marginal wichtiger für Deutsche (Juni 1992 19,4% der Männerbeschäftigung), Türken (15,3%) und Osteuropäer (16,4%) als für Jugoslawen (14,3%) und „Sonstige“ (10,1%). Türkische Männer verdienen ihren Lebensunterhalt überdurchschnittlich häufig in der Textilindustrie (Nachtschicht), Osteuropäer in der Holzverarbeitung.

Im Dienstleistungssektor arbeiten ausländische Männer vor allem im Tourismus und im Handel. Die Bedeutung dieses Bereichs ist für Männer der verschiedenen Herkunftsländer ähnlich, mit Ausnahme der „Sonstigen“ (ohne Osteuropäer) 34,2% aller beschäftigten Männer der Gruppe „Sonstige“ arbeiten im Restaurant-,

<sup>7)</sup> Das Aufenthaltsgesetz für Fremde sieht vor, daß über noch zu verhandelnde Verträge mit den Nachbarländern im Osten Grenzgängerabkommen getroffen werden können.

Gast- und Schankgewerbe, dreimal so viel wie im Durchschnitt der Ausländer Deutsche Männer arbeiten besonders häufig im Handel (17,3% aller deutschen Männer) Dies ist angesichts der internationalen Verflechtungen im Handel nicht verwunderlich.

Mitte der siebziger Jahre war die Ausländerbeschäftigung stärker als heute auf den Metallsektor, die Bauwirtschaft, die Textil- und Schuhproduktion konzentriert Nur im Handel galt stets die gleiche Ausländerkonzentration

**Branchenkonzentration der ausländischen Frauen**

Die Beschäftigung ausländischer Frauen war in den siebziger Jahren zu etwa gleichen Teilen auf Güterproduktion und Dienstleistungen verteilt. Dies hat sich im Laufe der achtziger Jahre geändert. 1992 arbeiteten 72% aller ausländischen Frauen im Dienstleistungssektor, 57,3% allein in 4 Branchen: Tourismus, Reinigungsdienste, Handel und Gesundheits-

dienste. Jugoslawische Frauen arbeiten häufiger als Türkinnen im Tourismus (31,2% aller Jugoslawinnen gegenüber 19,2% der Türkinnen). Das Gegenteil gilt für den Reinigungssektor (22,5% der türkischen Frauen gegenüber 15,3% der Jugoslawinnen). Ein Spezifikum der Beschäftigung türkischer Frauen ist die große Bedeutung der Textil- und Bekleidungsindustrie (1992 23,6% der Frauenbeschäftigung, 1975 sogar 47%). Die Metallindustrie ist für alle Ausländerinnen ein wichtiger Arbeitgeber

**Gewisse Branchen könnten ohne Ausländer schwer überleben**

Die Abhängigkeit der einzelnen Branchen von ausländischen Arbeitskräften ist sehr unterschiedlich. Die Rangordnung der einzelnen Branchen hat sich im Laufe der achtziger Jahre etwas geändert. Das wird aus der Entwicklung der Ausländerbeschäftigung nach Geschlecht besonders deutlich. Am meisten auf männliche Ausländer angewiesen war in den frühen achtziger Jahren die Textilindustrie (1982

Ausländeranteil an der Männerbeschäftigung 31,6%) — eine Folge der Arbeitnehmerschutzgesetze, die Nachtarbeit für Frauen verbieten. Infolgedessen arbeiten ausländische Männer die Nachtschicht, mit einem durchschnittlichen Aufschlag gegenüber der Frauen-Tagarbeit von 30%. An zweiter und dritter Stelle in der Branchenabhängigkeit von Ausländern folgten Reinigungsdienste und Hauswartung (1982 Ausländeranteil 23%). Tourisusbetriebe arbeiteten im Durchschnitt mit einem Ausländeranteil an der Männerbeschäftigung von rund 20%. Im Laufe der jüngsten Zuwanderungswelle nahm die Abhängigkeit der Textilindustrie von ausländischen Männern weiter zu (1992 Ausländeranteil 38,1%), der höchste Wert ergibt sich allerdings für den Tourismussektor (1992 41,5%) vor den Reinigungsdiensten (1992 40,9%). In der Lederindustrie sowie der Bekleidungs- und Schuherzeugung stieg der Ausländeranteil sprunghaft auf fast 40% (1992). Die Land- und Forstwirtschaft entwickelte sich seit 1990 zu einem bedeutenden Arbeitgeber für Ausländer

**Beschäftigtenstruktur nach Wirtschaftsbranchen und Herkunftsland**

Übersicht 6

Juni 1992

	Inländer	Ausländer	Jugoslawen Slowenen Kroaten	Türken	Ausländer			EG
					Deutsche	Osteuropäer	Sonstige	
	Anteile an der Gesamtbeschäftigung in %		Anteile an der Ausländerbeschäftigung in %					
Land- und Forstwirtschaft	71,7	28,3	56,9	18,7	1,5	20,4	2,5	2,0
Energie- und Wasserversorgung	99,6	0,4	34,4	12,5	20,3	18,8	14,0	23,4
Bergbau Steine und Erden	94,3	5,7	30,0	49,1	3,0	15,7	2,2	4,3
Nahrungsmittel Getränke und Tabak	87,9	12,1	58,5	20,8	3,0	13,7	4,0	3,8
Textilien	71,3	28,7	43,2	48,4	2,2	3,9	2,3	2,9
Bekleidung und Schuhe	80,3	19,7	40,7	36,2	3,0	15,2	4,9	3,8
Leder und -ersatzstoffe	73,1	26,9	47,2	26,0	2,5	17,0	7,3	3,3
Holzverarbeitung	87,6	12,4	45,3	23,5	3,2	24,0	4,0	3,8
Papierherzeugung und -verarbeitung	92,0	8,0	47,5	36,5	4,0	6,2	5,8	5,6
Graphisches Gewerbe Verlagswesen	94,7	5,3	50,3	15,7	11,9	11,4	10,7	14,2
Chemie	89,1	10,9	44,9	31,6	6,3	9,5	7,7	8,7
Stein- und Glaswaren	90,0	10,0	50,4	21,6	3,2	21,4	3,4	4,2
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	90,9	9,1	47,6	23,1	5,7	17,5	5,9	7,5
Bauwesen	79,8	20,2	55,4	21,5	1,6	19,4	2,1	2,0
Handel	93,9	6,1	41,5	19,4	9,6	16,6	12,9	12,7
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	66,4	33,6	51,1	14,4	3,5	15,0	16,0	5,7
Verkehr	95,6	4,2	57,8	9,8	6,3	15,8	10,3	9,6
Geldwesen und Privatversicherung	98,9	1,1	21,6	5,9	31,4	14,0	27,1	43,3
Rechts- und Wirtschaftsdienste	96,2	3,8	32,6	7,6	15,2	28,0	16,6	20,6
Körperpflege und Reinigung	69,3	30,7	62,0	26,7	1,2	6,0	4,1	1,6
Kunst Unterhaltung, Sport	87,6	12,4	22,6	9,1	20,2	22,2	25,9	29,2
Gesundheits- und Fürsorgewesen	92,0	8,0	42,9	5,3	10,7	22,2	18,9	14,2
Unterricht und Forschung	98,5	1,5	24,9	5,2	24,4	15,2	30,3	36,6
Öffentliche Körperschaften	98,8	1,2	43,3	5,6	8,3	21,5	21,3	11,0
Haushaltung Hauswartung	84,4	15,6	64,9	11,8	1,9	9,7	11,7	4,3
Insgesamt	90,5	9,5	49,9	20,4	4,8	16,2	8,7	6,6
Land- und Forstwirtschaft	71,7	28,3	56,9	18,7	1,5	20,4	2,5	2,0
Bergbau Industrie und Gewerbe	87,0	13,0	50,3	25,6	3,4	16,7	4,0	4,4
Dienstleistungen	92,8	7,2	48,9	15,0	6,6	15,3	14,2	9,4

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger Bundesministerium für Arbeit und Soziales

Branchenspezifische Arbeitslosenquoten nach Herkunftsland

Übersicht 7

Juni 1992

	Insgesamt	Inländer	Ausländer	Jugoslawen Slowenen Kroaten	Türken	Deutsche	Osteuropäer	Sonstige	EG
	In %								
Land- und Forstwirtschaft	4,9	5,9	2,7	2,3	4,0	7,9	1,3	7,1	6,9
Energie- und Wasserversorgung	0,6	0,6	6,6	8,3	11,1	0,0	7,8	5,3	0,0
Bergbau Steine und Erden	3,7	4,0	1,7	1,7	1,4	3,2	1,3	8,3	2,3
Nahrungsmittel Getränke und Tabak	4,9	5,0	4,9	4,2	7,8	3,2	3,0	8,4	3,4
Textilien	6,4	7,0	5,3	3,6	6,7	3,3	5,8	7,9	3,2
Bekleidung und Schuhe	10,3	11,5	6,1	3,9	8,2	4,0	5,8	10,2	5,2
Leder und -ersatzstoffe	10,0	12,2	4,0	4,1	4,2	0,0	4,3	0,3	0,0
Holzverarbeitung	3,9	4,1	3,6	3,1	4,1	4,2	3,3	7,5	4,2
Papierherzeugung und -verarbeitung	4,1	4,2	4,5	4,2	4,8	0,0	6,1	6,5	2,0
Graphisches Gewerbe Verlagswesen	6,4	6,6	8,1	7,6	7,1	6,6	5,2	15,4	7,5
Chemie	5,2	5,3	5,7	4,7	7,3	2,9	5,2	7,7	2,6
Stein- und Glaswaren	4,0	4,2	3,5	2,6	4,0	2,6	2,3	18,4	3,3
Erzeugung und Verarbeitung von Metallen	6,1	6,4	6,0	5,7	6,3	4,5	5,4	9,9	3,9
Bauwesen	5,2	5,5	4,6	4,3	6,0	6,5	2,6	13,2	6,3
Handel	6,6	6,8	6,4	5,0	6,4	7,3	5,9	10,8	6,6
Beherbergungs- und Gaststättenwesen	12,5	15,9	5,3	5,1	7,5	8,6	3,2	5,2	7,8
Verkehr	2,0	2,0	4,2	4,1	6,3	3,2	3,6	4,7	2,5
Geldwesen und Privatversicherung	2,0	2,0	4,2	3,4	9,2	4,7	1,2	4,5	3,8
Rechts- und Wirtschaftsdienste	3,5	3,6	4,3	3,9	7,8	5,2	2,1	6,0	5,1
Körperpflege und Reinigung	8,1	9,6	5,0	4,4	5,5	8,5	4,7	8,7	8,6
Kunst Unterhaltung, Sport	7,6	8,2	5,6	2,3	5,2	6,6	5,4	7,8	6,5
Gesundheits- und Fürsorgewesen	4,2	4,5	2,4	2,0	3,7	3,1	2,2	2,9	3,0
Unterricht und Forschung	1,4	1,4	4,5	1,1	1,0	4,1	3,8	8,2	4,9
Öffentliche Körperschaften	1,1	1,1	3,5	1,3	5,4	5,5	5,7	4,3	4,6
Haushaltung Hauswartung	3,3	3,6	2,6	1,4	3,4	1,8	5,3	6,5	1,7
Insgesamt	4,7	4,8	5,0	4,3	6,3	5,6	3,8	7,3	5,3

Q: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger Bundesministerium für Arbeit und Soziales

(1992 Ausländer 34% der Männerbeschäftigung) In diesem Bereich kamen vor allem Asylwerber unter<sup>8)</sup>.

Der Ausländeranteil an der Frauenbeschäftigung ist in keiner Branche so hoch wie jener der Männer. Die Rangordnung der Branchen in ihrer Abhängigkeit von Ausländerinnen war in den achtziger Jahren unverändert geblieben und verschob sich ebenfalls in der jüngsten Zuwanderungswelle. Die höchste Ausländerbeschäftigungsquote wiesen stets die Reinigungsdienste auf (auch Hauswartinnen), vor der Textilindustrie und dem Tourismus. 1992 kehrte sich diese Rangfolge um (Tourismus 31,5%, Reinigungsdienste 29,7%). In weiterer Folge sind der Textilsektor (1992 Ausländerquote 24,3%), die Lederindustrie (19,2%), die Land- und Forstwirtschaft (18,9%) und die Bekleidungsindustrie (16,6%) zu erwähnen.

Arbeitslosigkeit von In- und Ausländern nach Branchen

Welchen Effekt hatte der hohe Ausländeranteil an der Beschäftigung auf

die branchenspezifische Arbeitslosigkeit<sup>9)</sup>? Den Daten zufolge hatten nahezu alle Branchen mit einem überdurchschnittlichen Ausländeranteil gleichzeitig eine überdurchschnittliche Arbeitslosenquote (Ausnahme: Hauswartung und Haushaltung). Dies ist nicht verwunderlich, da Sektoren mit hoher Ausländerbeschäftigung gleichzeitig ein unterdurchschnittliches Qualifikationsprofil der Arbeitskräfte aufweisen; unqualifizierte Arbeitskräfte sind weniger in betriebsinterne Arbeitsmärkte eingebunden, und damit ist ihre durchgehende Beschäftigung nicht sichergestellt. Die saison- wie die konjunkturbedingte Arbeitslosigkeit ist in diesem Fall hoch. Darüber hinaus kann die Arbeitslosigkeit infolge von Strukturproblemen hoch sein. Branchen, die unter einem besonderen Wettbewerbsdruck stehen oder in denen der technologische Wandel Arbeitskräfte freisetzt, fallen in diese Kategorie. Mit Hilfe der Ausländerbeschäftigung suchen Branchen, die von Niedriglohnländern konkurrenzieren, werden die Produktionskosten niedrig zu halten

und die internationale Wettbewerbsfähigkeit<sup>9)</sup> aufrecht zu erhalten. Der Schrumpfungsprozeß dieser Branchen und damit der Anstieg der strukturell bedingten Arbeitslosigkeit, die Inländer trifft, wird hinausgezögert. Am höchsten war im Juni 1992 die Arbeitslosenquote im Tourismus (12,5% des branchenspezifischen Arbeitskräfteangebotes) – einer Branche, die einem harten internationalen Wettbewerb unterliegt und die trotzdem stark expandiert –, vor der Bekleidungs- und Schuhherstellung (10,3%) der Lederindustrie (10%) und den Reinigungsdiensten (9,6%). In den Güterproduktionsbereichen sind nicht nur die Arbeitslosenquoten der Hilfs- und Anlernkräfte, sondern auch die der Facharbeiter hoch, da die internationale Wettbewerbssituation die Überlebenschance der ganzen Branche betrifft. Überdurchschnittlich hoch ist die Arbeitslosigkeit der Inländer, sie hebt sich zum Teil deutlich vom Durchschnitt der Inländerarbeitslosenquoten ab. Die Ausländerarbeitslosigkeit ist deutlich niedriger als die der Inländer.

<sup>8)</sup> Seit 1990 können Asylwerber legal in Österreich arbeiten (WIFO-Monatsberichte 1990 63(10))

<sup>9)</sup> Um von der Saisonalbeitslosigkeit, die in Österreich einen im internationalen Vergleich hohen Stellenwert hat, zu abstrahieren, wurden die Arbeitslosenquoten nach Branchen und Herkunftsland für Juni 1992 berechnet.

Für Ausländer ergibt sich in einigen Branchen wie der Energie- und Wasserversorgung, im Graphikbereich (Sprung in der mittelfristigen Entwicklung der Arbeitslosenquote infolge neuer Technologien), im Verkehr, im Bankensektor sowie in den Rechts- und Wirtschaftsdiensten (hier dürfte sich die hohe Fluktuation der Arbeitsverleihfirmen niederschlagen) eine höhere Arbeitslosigkeit als für Inländer. In den anderen Branchen ist üblicherweise die Arbeitslosigkeit der Inländer höher als die der Ausländer. Dies ist das in einer Phase der Neuzuwanderung von Ausländern übliche Strukturmuster: Neu Hinzukommende haben noch keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erworben, und längerfristige Arbeitslosigkeit der Ausländer (Notstandshilfempfeänger) wird nur im Falle von Befreiungsscheininhabern statistisch erfaßt, da nur sie anspruchsberechtigt sind.

Die höchste Arbeitslosenquote ergibt sich für die „sonstigen“, Ausländer vor den Türken und Deutschen. Die relativ kleine Zahl der Arbeitskräfte aus diesen Herkunftsländern läßt eine Integration schwer zu, offensichtlich sind hier sehr strukturierte Arbeitsbereiche betroffen.

---

#### Abschließende Bemerkungen

---

Ausländische Arbeitskräfte weisen in Österreich entweder spezifische Qualifikationen auf, die in Branchen unter

besonderem Wettbewerbsdruck der Niedriglohnländern gefragt sind, oder übernehmen Hilfs- und Anlerntätigkeiten. Nicht unwesentlich für die Erhaltung der Ausländerbeschäftigungsstruktur dürfte die im Ausländerbeschäftigungsgesetz festgeschriebene Mobilitätsbeschränkung der Ausländer sein, die eine Abwanderung zu Betrieben mit höherer Produktivität und damit Lohn auf längere Sicht unmöglich macht. Da das Ausländerbeschäftigungsgesetz keine Qualifikationskriterien für die Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte kennt und da Betriebe vor allem unqualifizierte Arbeitskräfte suchen, ist auch keine Änderung der Qualifikationsstruktur der Ausländer infolge Zuwanderung absehbar. Eine Höherqualifizierung der zweiten Generation der Ausländer ist angesichts der wesentlichen Ausbildungsformen der ausländischen Kinder nicht zu erwarten (unterdurchschnittlicher Anteil an mittlerer und höherer Schulbildung).

Die Einbeziehung Österreichs in den Europäischen Wirtschaftsraum mit Jahresbeginn 1993 kann eine Belebung der Zuwanderung aus dem Europäischen Wirtschaftsraum zur Folge haben. Gegenwärtig liegt der Anteil der Arbeitskräfte aus diesem Raum an der Ausländerbeschäftigung unter 10% (etwa 20 000). Generell wird angesichts der hohen Lohndifferentiale zu den westlichen Nachbarländern kaum mit einer massiven Zuwanderung aus diesen Ländern ge-

rechnet. Das Ausländerbeschäftigungsabkommen mit Spanien in den frühen sechziger Jahren übte keinen Anreiz auf Spanier zur Arbeitsaufnahme in Österreich aus. Außerdem hat der Auswanderungsdruck aus den südlichen EG-Ländern abgenommen, da sich die Wirtschaftslage und der soziale Schutz dort verbessert haben. Die ursprünglichen Auswanderungsländer sind selbst zu Einwanderungsländern geworden. Einer unerwarteten Zuwanderung aus diesen Ländern stehen Restriktionen der Arbeitsmigration für Angehörige aus Drittländern entgegen. Was jedoch berücksichtigt werden muß, ist die potentiell verstärkte Abwanderung von Österreichern in den Westen, insbesondere in die BRD und in die Schweiz. Schon jetzt ist in diesen Ländern eine beträchtliche Zahl von Österreichern beschäftigt (1991 131 000). Da Österreicher, die im Ausland arbeiten, im Durchschnitt besser qualifiziert sind als Ausländer in Österreich, kann so eine Lücke an höherqualifizierten Arbeitskräften in Österreich entstehen. Wenn mehr Fachkräfte für die Erhaltung der internationalen Wettbewerbsposition gebraucht werden, geht kein Weg an der Höherqualifizierung der Inländer, an der Förderung der Frauenerwerbstätigkeit (viele qualifizierte Frauen stehen dem Arbeitsmarkt mangels Infrastruktur für Kinderbetreuung nicht zur Verfügung) und der in Österreich befindlichen Ausländer vorbei, oder die Zuwanderungspolitik berücksichtigt bewußt den Qualifikationsaspekt.